

ERFOLGREICHE KOMMUNALPOLITIK IN GEFAHR

Rot-Rot greift die Bezirke an

Am 13.06.2005 trafen sich die Berliner Bezirksbürgermeister zum fünften Mal in dieser Legislaturperiode mit den Mitgliedern des rot-roten Senats auf einer Klausurtagung, um über die Berliner Senatspolitik zu diskutieren.

Neben einer kontrovers

nanzsenators einsetzen, wurden vor allem die aktuellen Initiativen des Senats zur Weiterentwicklung der Bezirksorganisation kontrovers diskutiert. Nach den Vorstellungen des rot-roten Senats, so urteilen die CDU-Politiker, sollen die Bezirke auf 12 Servicewüs-

„Der Senat will nichts anderes, als die Steuerung der Bezirkspolitik vom Roten Sessel im Roten Rathaus vorzunehmen: Nur so kann er die schwarzen Oasen in der Stadt mit seinem roten Einheitsbrei zupflastern. Dabei ist ihm die Berliner Kommunal-

zirksbürgermeisterin von Berlin-Reinickendorf, Marlies Wanjura.

Die CDU hat durch die Abgeordnetenhausfraktion und durch die drei Bezirksvertreter Marlies Wanjura, Svend Simdorn und Michael Schäfer Strukturvorschläge zu den Berliner

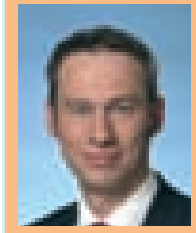


geführten Diskussion zum Haushalt 2006/2007, in der sich die CDU-Bezirksbürgermeister Marlies Wanjura, Konrad Birkholz, Joachim Zeller und Herbert Weber für eine Rücknahme der illusorischen und jeder Grundlage entbehrenden Vorstellungen des SPD-Fi-

ten in Berlin eingedampft werden, die von einer Zentralregierung aus gesteuert werden. In einem ersten Schritt sollen eine Verkleinerung des Bezirksamtes, eine weitere Verlagerung von Bezirksaufgaben in den Senat sowie weitgehende Mittelkappungen erfolgen.

politik nur im Weg, zumal die CDU-geführten Bezirke den Nachweis erbringen, wie erfolgreich Kommunalpolitik sein kann. Mit uns vier CDU-Bezirksbürgermeistern wird der Senat noch seine Freude haben“, sagt die stellvertretende Landesvorsitzende und Be-

Bezirken gemacht. Diese Position gelte es, in der immer heftiger werden den Diskussion mit Nachdruck zu vertreten. Nur so könne vermieden werden, dass der rot-rote Senat die Bezirke bis zum Ende der Legislaturperiode „kaputt spiele“.

Zimmer: „Kommunen stärken heißt Bürgerrechte stärken“

Nicolas Zimmer, tag des Mda

Anlässlich der Feierlichkeiten rund um den 100. Gründungstages Deutschen Städtetages hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer, in Berlin dazu aufgerufen, die Verantwortung der Kommunen nicht weiter zu beschneiden: „Die Kommunen zu stärken bedeutet die Bürgerrechte zu stärken. Subsidiarität darf keine hohle Phrase werden. Wir müssen die Entscheidungen dort treffen und umsetzen, wo sie anstehen. Eine weitere Aushöhlung auch der finanziellen Spielräume muss verhindert werden.“

Zimmer verwies auf die immer schwieriger werdende Situation vor Ort: „Die Städte in Deutschland und auch die Bezirke Berlins stehen unter dem Zwang, immer mehr freiwillige Leistungen zu streichen. Von Schwimmbädern über Schulen, Bibliotheken bis hin zur Infrastruktur – beinahe alles steht heute unter Finanzierungsvorbehalt. Doch das bedeutet, dass auch elementare Grundausstattungen von Kommunen betroffen sind. Wir müssen also einen Weg finden, der die Staatsquote von derzeit rund 50 Prozent bundesweit und 70 Prozent in Berlin reduziert. Das bedeutet Konsolidierungspolitik, die Rückführung staatlichen Handelns auf Kernaufgaben und Stärkung der Leistungsfähigkeit und des Engagements des Einzelnen.“ Zimmer unterstrich, die zweistufige Verwaltung Berlins zu erhalten: „Die Dezentralität ist hierbei der Garant, Zuständigkeiten und Abläufe transparent und effizient zu steuern. Ein Hineinregieren des Senats nach ‚Gutsherrenart‘ ist dabei genauso abzulehnen wie der Versuch, gesamtstädtische Ziele und Aufgaben von bezirklicher Seite zu konterkarieren.“

17. Juni 1953: Unionsprotest gegen das rot-rote Vergessen



Auf der zentralen Gedenkveranstaltung des Bundes für die Opfer des Volksaufstandes in der DDR vor 52 Jahren hat die Berliner CDU in der Weddinger Seestraße gegen die Benachteiligung der Opfer demonstriert. Immer noch erhielten politisch Verfolgte des SED-Regimes keine Opferrente. Vor den Augen der Vertreter des rot-roten Senats hielten Mitglieder der Jungen Union Schilder und Transparente hoch unter anderem mit der Aufschrift „Schämt

Euch“ und „Wo bleibt Eure Entschuldigung“. „Die SED-Nachfolgepartei PDS betreibt eine schleichende Geschichtsfälschung und regelrechte Verharmlosung der SED-Diktatur. Abstoßend und unverständlich ist die Anbiederung der einst so stolzen Berliner Sozialdemokratie an die Postkommunisten und das Leugnen des eigenen Kampfes gegen Unfreiheit und Unterdrückung in der früheren SBZ und späteren DDR“, so Generalsekretär Frank Henkel.